

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend

**BERLINER  
EXTRA  
DIENST**

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

8. Mai 1968 - 37 / II  
Einzelpreis DM 0.75

#### STERNFAHRT NACH BONN: BLOCKADE AM ZOO AUSWEICHEN

Radikale antidemokratische Kräfte hatten erwogen, die Abfahrt des Sonderzuges der Notstandsgegner am Bahnhof Zoo gewaltsam zu blockieren. Aus diesem Grunde habe man sich entschlossen, den Sonderzug ab Bahnhof Friedrichstraße ohne Halt nach Helmstedt durchfahren zu lassen. Das erklärte der stellvertretende SDS-Bundesvorsitzende Frank Wolff am Montag auf einer Pressekonferenz im Republikanischen Club. Der Sonderzug der Reichsbahn wurde inzwischen von der Bundesbahn genehmigt. Er wird am Freitag, 21. 26 Uhr ab Friedrichstraße fahren. Die Rückfahrt ist für Samstagabend geplant. Rund 800 der 2000 Westberliner Teilnehmer werden den Zug benutzen, die anderen mit Bussen und Privatwagen fahren. Wolff sprach die Hoffnung aus, die Bundesbahn werde nicht auf höhere Anweisung die Zugabfertigung verschleppen und "uns in der Lüneburger Heide stehen lassen". Man rechne damit, daß der Zug zwei Stunden länger als fahrplanmäßige Züge unterwegs sei, aber "das muß auch reichen". Ein Sprecher der Kampagne für Demokratie und Abrüstung teilte mit, der Zug werde ohne Transparente und Fahnen fahren; man wolle der Bundesbahn keine Gelegenheit geben, den Zug "aus dem Verkehr zu ziehen". - Der Republikanische Club teilt mit, daß noch einige Fahrkarten für den Zug (Preis DM 40.-) vorrätig sind (RC: 1 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 883 40 75).

#### BONN IM ZEICHEN DER NOTSTANDSGEGNER: SCHON 30 000 ANMELDUNGEN

Das Kuratorium Notstand der Demokratie registrierte bis Dienstag bereits über 30 000 feste Anmeldungen für den Sternmarsch der Notstandsgegner am 11. Mai. Zahlreiche Gewerkschafter haben ferner angekündigt, daß sie nach der DGB-Kundgebung in der Dortmunder Westfalenhalle, die Sonnabend, 12. 30 Uhr, beendet sein dürfte, im Konvoi nach Bonn fahren. Es wird damit gerechnet, daß über 50 000 Notstandsgegner "das Bundesdorf agitatorisch durchschütteln", wie es in einer Erklärung des Kuratoriums Notstand der Demokratie heißt.

#### NPD WESTBERLIN: DDR-ANORDNUNG STOPPT MITGLIEDERZAHL

Über einen Mitgliederrückgang bei der NPD Westberlins berichtet die der CDU nahestehende "Bonner Rundschau". Von den 500 Mitgliedern seien nur noch 130 aktiv. Als Grund wird die von den DDR-Behörden angeordnete Durchreise-Sperre für NPD-Mitglieder angegeben. Bei der Parteileitung seien 230 Austrittserklärungen eingegangen. In der Tat haben NPD-Mitglieder, die in den letzten Wochen an den Grenzübergängen zurückgewiesen wurden, mehrfach vergeblich "ihre Austrittserklärung aus der NPD vorgewiesen", wie beispielsweise die Deutsche Nachrichtenagentur meldete. Der Westberliner NPD-Vorstand versuchte inzwischen seinen Mitgliedern Mut zuzureden: In einem Rundschreiben wurde erklärt, die DDR habe nur die Namen der Mitglieder der Spitzengremien; "einfache Mitglieder" seien unbekannt.

## SDS: DISKUSSION MIT DER SED FÜHREN

Westberlins SDS hat es abgelehnt, "bürgerliche Publikationsorgane einzuschalten", wenn es um die Klärung des eigenen Standpunktes gegenüber der SED Westberlin geht. Der "Tagesspiegel" hatte dem SDS Fragen über sein "Verhältnis zur SED Westberlin" vorgelegt. Der Generalrat des SDS hatte beschlossen, als "Voraussetzung für die Aktionseinheit eine offene Diskussion mit der SED" über sechs Fragen zu führen: 1. Das Modell der erweiterten Mitbestimmung, wie es die SED vertritt, und das Modell der Arbeiterkontrolle; 2. Das Problem der Funktion des bürgerlichen Parlamentarismus im Spätkapitalismus; 3. Das Prinzip des demokratischen Zentralismus als Organisationsprinzip der leninistischen Partei; 4. Der Begriff der antifaschistischen Einheitsfront; 5. Das Prinzip der Selbsttätigkeit der Massen; 6. Das Prinzip der friedlichen Koexistenz und der revolutionäre Internationalismus. Obwohl auf einer Pressekonferenz im Republikanischen Club am Montag von dem SDS-Mitglied Lutz von Werder bekanntgegeben worden war, der SDS-Beschluß sei dem Vorstand der SED-Westberlin noch am gleichen Tage zugestellt worden und "eine Antwort steht noch aus", konnte die SED den Eingang eines solchen Briefes auch am Dienstag nicht bestätigen. Im kommunistischen Hauptquartier erfuhr man am Dienstag mit großer Verwunderung aus Springers "Berliner Morgenpost" die Mitteilung des SDS, dieser Verband wolle mit der SED nicht mehr eine "unreflektierte Solidarität" üben und "verknöcherte Parteiapparate" in die APO integrieren. Eine Mehrheit des SDS-"Generalrates" hatte jedoch am Samstag ausdrücklich verlangt, ein "Minimum an Solidarität" mit der SED zu wahren.

## MITTWOCH IM RC: AKTUELLER BERICHT AUS PARIS

Das soeben aus Paris zurückgekehrte RC-Mitglied Ulrich K. Preuß berichtet am Mittwoch, 8. Mai, 18 Uhr, über die Ereignisse an der Pariser Universität in den letzten Tagen.

## PERSONALIEN

FRANK WOLFF, stellvertretender SDS-Vorsitzender, zuder Bemerkung des rheinischen CDU-Vorsitzenden, man müsse den Sonderzug der Westberliner Notstandsgegner notfalls durch Sitzen auf den Schienen blockieren: "Ich bin gegen politischen Selbstmord".

GUSTAV HEINEMANN, SPD - Bundesjustizminister, nachdem er sich die Aufzeichnung des Gesprächs mit Studenten angesehen hatte, an dem er sich wenig wirksam beteiligte: "Ich wußte gar nicht, wie reaktionär man am Fernsehschirm aussehen kann".

KLAUS SCHÜTZ, SPD, fand auf der Charlottenburger SPD-Konferenz eine neue Deutung für den NPD-Erfolg und die SPD-Niederlage in Baden-Württemberg: Der SDS habe die SPD-Wahlreden unterbrochen und verhindert, daß die SPD den Wählern sagen konnte, was sie will.

## CDU WESTBERLIN: AUFBAU EINER "SCHUTZTRUPPE"

Westberlins CDU-Vorsitzender Franz Amrehn hat sich in einem persönlichen Brief an alle CDU-Mitglieder gewandt und zur Bildung von Kadern der CDU aufgerufen. Dem vom 30. April datierten Brief liegt ein Fragebogen bei, in dem die angesprochenen Mitglieder u. a. die Tageszeiten mitteilen sollen, zu denen sie für Aktionen zur Verfügung stehen. Besonderer Wert gelegt wird auf Leute, die "selbst diskutieren oder unsere Redner in andere Versammlungen begleiten". Im Zusammenhang mit anderen Passagen des Briefes ("es hat keinen Sinn, mit unbelehrbaren Revolutionären zu diskutieren", "mit ihnen kann man keine Kompromisse schließen") kann dies nur bedeuten, daß sich die CDU über die bereits agierenden Schlägertrupps der Jungen Union hinaus eine weitere militante "Schutztruppe" schaffen will.

## FDP WESTBERLIN: ANTI-RC-ANTRAG WURDE NIEDERGESTIMMT

Ein Antrag des konservativen Flügels der Westberliner FDP um den Senatsrat Wolf-Peter Magen, Professor Reif und Dr. Ella Barowsky zum Landesparteitag der FDP am 10. und 11. Mai, in dem gefordert wurde, die gleichzeitige Mitgliedschaft in FDP und Repu-

blikanischem Club für unvereinbar zu erklären, wurde im Landesausschuß der FDP schließlich niedergestimmt. FDP-Mitglieder, die zugleich im RC tätig sind, wandten sich gegen diesen Antrag; er lasse eine "Sozialdemokratisierung der FDP befürchten." Fraktionsvorsitzender Oxfort sagte, er fühle sich in seiner Glaubwürdigkeit getroffen, wenn dieser Antrag angenommen würde, weil damit alle Ansatzpunkte eines Gesprächs zur APO verbaut wären. Außerdem würde damit "der Springer-Presse in die Hand gearbeitet." Nachdem sich auch die Vorstandsmitglieder Hoppe, Hucklenbroich und Schmucker gegen den Antrag gewandt hatten, wurde mit überwältigender Mehrheit beschlossen, die Antragsteller aufzufordern, den Antrag zurückzuziehen. Nachdrücklich empfohlen wurde hingegen eine Resolution, in der die FDP aufgefordert wird, ihre Bereitschaft zum Gespräch mit der APO zu verdeutlichen.

#### MELINA MERCOURI: AFFRONT GEGEN SCHÜTZ

Eine Veranstaltung mit der griechischen Diktatur-Gegnerin Melina Mercouri, die der Regierende Bürgermeister durch seine Schirmherrschaft gegen den Willen der Schauspielerin (EXTRA-Dienst 36/II) als demokratisches Alibi mißbrauchen wollte, wurde zu einer Blamage für Schütz: Nachdem er der Sängerin auf der Bühne einen Blumenstrauß überreicht hatte, zerrupfte sie demonstrativ das Angebinde "und schleuderte die Blumen des Bürgermeisters herrisch ins Publikum zurück" ("Spandauer Volksblatt"). Etwa 200 Angehörige der APO hatten in Sprechchören gegen die heuchlerische Geste des Regierenden Bürgermeisters protestiert. "Der Tagesspiegel" sprach der Mercouri daraufhin "das Zeug zu einer fortschrittlichen Politikerin" ab. Ihr sei nur daran gelegen gewesen, "die heiße Stimmung im Saal noch mehr anzuheizen". Man vermisse jegliche "Geste der Verbindlichkeit für den Schirmherrn ihrer Veranstaltung": "Von Korsetts, was auch immer sie zu bändigen hätten, scheint Melina Mercouri nichts zu halten", meint die Rezensentin Sibylle Wirsing (die schon dem "Reichskabarett" empfohlen hatte, nach Ostberlin überzusiedeln) mit Anspielung auf Melinas no-bra-Erscheinung. Der "Telegraf" konstatierte: "Melina hatte zur Revolution gerufen. Wen wunderte es, daß ihr Ruf gerade in Berlin nicht ungehört verhallte." Als zum Abschluß der Veranstaltung APO-Demonstranten und Griechen zu Melina Mercouri auf die Bühne stürmten, versuchte die Gattin des Regierenden Bürgermeisters eine Demonstrantin an den Haaren zurückzureißen. Dann begann sie hysterisch zu schreien. Schütz nahm sie am Arm und verließ durch einen Seiteneingang die Kongreßhalle. Später inszenierten vor dem Eingang Pattakos-Anhänger Schlägereien mit antifaschistischen Griechen: Eine junge Griechin wurde verletzt ins Krankenhaus gebracht. Die Polizei nahm in mehreren Fällen auf Seite der Prügel-Griechen Partei und ging mit dem Gummiknüppel vor. - Nach einer Meldung von dpa hatte Melina Mercouri die EXTRA-Dienst-Nachricht dementiert, daß sie sich eine Einleitungsrede von Schütz in der Kongreßhalle verboten habe. Tatsächlich handelte es sich um ein taktisches Dementi: In vertraulichen Gesprächen mit der APO in Westberlin bestätigte sie den von EXTRA-Dienst gemeldeten Sachverhalt.

#### DONNERSTAG IN DER TU: NEOFASCHISMUS UND NOTSTANDSDIKTATUR

Donnerstag, 9. Mai, 20 Uhr, wird in einer Veranstaltung im Audimax der Technischen Universität (nicht, wie gemeldet, in der FU) neues Material über die NS-Vergangenheit Bundeskanzler Kiesingers vorgelegt. Die Veranstaltung steht unter dem Titel "Neofaschismus und Notstandsdiktatur" und wird getragen vom Jüdischen Arbeitskreis für Politik und vom Liberalen Studentenbund Deutschlands.

#### MITTEILUNGEN DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

MITTWOCH, 8. Mai, 20 Uhr: Im RC spricht der indische Journalist Satish Kumar zum Thema "Nonviolent direct actions in highly organized countries".

DONNERSTAG, 9. Mai, 20 Uhr: Informationsveranstaltung zur Sternfahrt der Notstandsgegner nach Bonn unter dem Titel "Notstand der Demokratie". Es sprechen Dr. Martin Bennhold und Dr. Reinhard Wolff. Anschließend, gegen 22.30 Uhr, spricht und diskutiert Prof. Dr. Werner Hofmann (Soziologisches Institut der Universität Marburg) über "Staat und politisches Handeln heute".

#### MÜNCHENER PRESSEFREIHEIT: APO-ANZEIGE NICHT AUFGENOMMEN

Eine Erklärung zahlreicher freischaffend Tätiger mit einem Bekenntnis zur Außerparlamentarischen Opposition erschien in der gemeinhin als liberal geltenden "Süddeutschen Zeitung" nicht als (bezahlte) Anzeige. SZ-Herausgeber Werner Friedmann verweigerte den Abdruck und bezeichnete die in der Anzeige publizierte Forderung nach Enteignung des Springer-Konzerns als "kommunistisch". Der stellvertretende Chefredakteur der zweiten Münchener Zeitung, des "Münchener Merkur", erklärte hingegen, er sehe keinen Grund für eine Verweigerung der Anzeigenaufnahme. Sein Verlagsleiter desavouierte ihn jedoch. Die Anzeige erschien daher überhaupt nicht in der bayerischen Landeshauptstadt. Unterzeichnet hatten sie u. a. : die Schriftsteller Horst Bienek, Bernt Engelmann, Heinar Kipphardt, Yaak Karsunke, Martin Sperr und Gerhard Zwerenz, die Regisseure Michael Jary, Walter Ohm, Erika Runge und Hans Schweikart; die Schauspieler Hans Cla - rin und Claudia Lobe.

#### ZENSUR IN DER WOHNUNG: HAUSHERR FORDERT PLAKAT-ABNAHME

Eines der größten Möbelhäuser Westberlins, Krieger (Fernsehwerbung: "Du sollst nicht so berlinern"), sorgt als Hausbesitzer für politische Zensur. Ein Mieter hatte in der Derfflinger Straße innerhalb seiner Wohnung, jedoch für Besucher des Treppenhause (sichtbar, politische Plakate angebracht. Der Hausbesitzer forderte "im Interesse der Ordnung und des friedlichen Zusammenlebens der Mieter in meinem Haus" den Wohnungsinhaber auf, die Plakate unverzüglich zu entfernen; er drohte sonst gerichtliche Schritte an.

#### NOTSTANDSMINISTER BENDA: BEISPIEL EINER MANIPULATION

Bundesinnenminister Ernst Benda (CDU) gab in der Bundestagssitzung vom 30. April 68 ein Beispiel öffentlicher Manipulation: Er fälschte schlicht ein Zitat aus einer Informationstagung "Ausbildung in gewaltfreier Aktion" in Bückeburg. Benda nannte die Tagung, auf der nicht ein Mitglied des SDS anwesend war, eine "SDS-Tagung" und behauptete, dort hätte einer der Referenten gesagt: "Friedliche Reformen sind nur eine Renaissance des Systems. Eine rasche Transformation ist die Forderung der Stunde, das heißt der etablierte Apparat muß zerschlagen und ein gewisses Ausmaß an Gewalt angewandt werden." Der Referent hatte jedoch erklärt: "Die Verwandtschaft mit der Theorie der gewaltfreien direkten Aktion ist erkennbar, gleichzeitig aber das, was sie trennt. Ziel der agitatorischen Gewaltanwendung ist nämlich die Revolution, nicht die Evolution; nicht die Reform, die die Gefahr der Renaissance der Restauration birgt, sondern die rasche Transformation, die dem Bestehenden keine Chance mehr gibt." Teilnehmer der Sitzung erklärten gegenüber dem EXTRA-Dienst: "Entweder der Minister lügt bewußt, oder seine Verfassungsschutzspitzel sind nicht einmal in der Lage, korrekt mitzustenografieren."

#### GEWERKSCHAFTEN: "C" SOLL GESTRICHEN WERDEN

Der im Oktober 1968 in Luxemburg stattfindende Kongreß des Internationalen Bundes Christlicher Gewerkschaften (IBCG) soll aus dem Namen der Vereinigung die Bezeichnung "christlich" streichen. Das beantragt die französische Mitgliedsgewerkschaft. Der deutsche Mitgliedsverband hat Opposition gegen die Streichung angemeldet.

#### FREISPRUCH IN BREMEN: RICHTER FÜR "DIREKTE AKTIONEN"

Das Aktenzeichen 103 DS 1668/HW wird Bedeutung erlangen: In diesem Verfahren sprach ein Bremer Jugendrichter einen 20jährigen Jungarbeiter von der Anklage des Verstoßes gegen § 1 der Straßenverkehrsordnung wegen Verkehrsbehinderung frei. Der Angeschuldigte hatte sich bei den Bremer Demonstrationen gegen Fahrpreiserhöhungen der Stadtwerke vor dem Hauptbahnhof auf die Schienen gestellt, um die Straßenbahn am Weiterfahren zu hindern. Dabei wurde er von der Polizei festgenommen. Der Richter: In der heutigen Demokratie der Bundesrepublik sind direkte Aktionen ein notwendiges Mittel, um gehört zu werden. Der Protest auf der Straße überschreite erst dann die Grenzen des Zulässigen, wenn Sachbeschädigungen begangen würden.

## MANFRED LEIS: DEM SYSTEM NICHT IN DIE HAND ARBEITEN

Eine Arbeitstagung demokratischer Künstler zur Rolle des Künstlers in der Gesellschaft fand vom 3. - 5. Mai in Solingen statt. Diskutiert wurden kulturpolitische Programme außerparlamentarischer Gruppen und der Gewerkschaften. In verschiedenen Arbeitskreisen wurden Materialien zur kulturpolitischen Entwicklung seit 1945 zusammengetragen. Bis zur nächsten Tagung im Frühjahr 1969 soll die Diskussion in bestehenden und neu zu organisierenden lokalen Künstlergruppen und an den Kunsthochschulen weitergetragen werden. Die Ergebnisse der Solinger Tagung werden Ende Juni als Broschüre vorliegen. Interessenten wenden sich an H. P. Alvermann, Republikanisches Centrum Düsseldorf, Frankenstraße 17. - EXTRA-Dienst dokumentiert nachstehend wesentliche Auszüge aus dem Referat des Frankfurter IG-Metall-Funktionärs Manfred Leis.

"Ich glaube, wir sind uns einig darin, daß die Produktivkräfte so weit fortgeschritten sind, daß keine Mangelsituation mehr in Europa und in unserem Land zu bestehen braucht, daß aber das vorhandene Bildungswesen keinerlei Sicherheit bietet, diese Möglichkeiten zu nutzen, sondern eher die Gefahr eines Rückfalls hinter die objektiven Möglichkeiten in sich birgt. Zu nennen wären da die Ausbildung von Fachkräften, die gemessen an dem Bedarf geradezu lächerlich gering ist, und die Umschulung und Weiterbildung der Arbeiter, die von kurzfristigen und handfesten Profitinteressen der Unternehmer bestimmt wird, weil Bildung im Sinne von Bewußtseinsentwicklung zu Selbständigkeit und kritischer Eigenverantwortlichkeit nicht erfolgt. Die Wirtschaft öffnet ja offenbar die Ventile der Bildungsmöglichkeiten nur soweit, als es ihren unmittelbaren Profitinteressen nützlich ist. Der Staat schließlich erklärt ja auch eine von den Gewerkschaften unterstützte Ochsentour - zweiter Bildungsweg - zum Auslesekriterium einer Bildungselite. Offensichtlich will man mit diesem Bildungsweg im Bildungssystem die gleiche Reparaturfunktion erfüllen wie eine Reihe sozialpolitischer Maßnahmen ihrer Bedeutung nach zu werten ist: Nämlich zu korrigieren, was an dem gesellschaftlichen System falsch ist und damit die Bürger über die wahren Hintergründe hinwegzutäuschen. Die wirtschaftlichen und technologischen Möglichkeiten der menschlichen Entfaltung werden durch Unmündigkeit blockiert und durch sträfliche Fehlkanalisierung vorhandener Mittel, sowie durch das Weiterwirken traditioneller Ideologien. Grund für diese falsche Organisation der gesellschaftlichen Kräfte ist die ungebrochene Fortsetzung des Profitprinzips privater Besitzer von Produktionsmitteln. Durch die Anwendung dieses Prinzips und seine wachsende Wirksamkeit im Zuge der Monopolisierung werden die Möglichkeiten der Lebensverbesserung vertan. Daraus ergeben sich unmißverständliche Aufgaben. In einem umfassenden Aufklärungsprozeß müssen alle offenen und verschleierte Widersprüche dieser Gesellschaft einer schonungslosen Kritik unterzogen werden. Davon ausgehend, muß die Jugend die alten Lehren des Ausbeutungsprinzips demaskieren und den Prozeß der demokratischen Mit- und Selbstbestimmung vorantreiben, um das Verhältnis von Bildung und Ausbildung selbst bestimmen zu können. (...)

Bildung verstehe ich - neben der theoretischen Fundierung - als Aktionen, die letzten Endes erlebte Bildung bedeuten. Ich meine, wenn wir uns in der Gewerkschaftspolitik soweit erniedrigen, daß es zu keinen Aktionen mehr kommt, dann werden wir es sehr, sehr schwer haben, ein entsprechendes militantes Bewußtsein in Richtung gesellschaftlicher Veränderungen zu erzeugen. Die Kulturpolitik im allgemeinen sollte sich nicht länger verstehen als Reduzierung auf reine Schulung und als Beeinflussung der Berufsausbildung allein - so naheliegend das sein mag -, weil wir damit eigentlich indirekt das Geschäft der Wirtschaft besorgen, die sich nur freuen kann, daß wir ihnen so hilfreich zur Seite stehen und manches in Ordnung bringen, was sich sonst in Konflikten niederschlagen würde. Insofern findet durch solche Maßnahmen auch eine indirekte Stabilisierung des Systems statt. (...)

Ich bekenne mich, vor allen Dingen was die Jugendbildungsarbeit angeht, zur ständigen antikapitalistischen Aktion: Gegen den Krieg, gegen autoritäre Bevormundung in der

Schule, Betrieb und Büro, sowie gegen verführende und bevormundende politische Presseberichterstattung. Hier ist eine Interessengleichheit gegeben. Ich sage das deshalb, weil ich in den letzten Wochen mindestens an zwei Abenden hart darum zu kämpfen hatte, den Arbeitern auszureden, daß die Studenten ihre prinzipiellen Feinde seien. Bei 70 % der Funktionäre, denen ich begegne, ist diese Haltung zunächst vorherrschend. Wir haben oft bis in die Nacht hinein Diskussionen gehabt, um ihnen klarzumachen, daß eine Interessengleichheit vorliegt, daß man zwar über gewisse methodische Fragen diskutieren kann, aber im Grunde gleiche Ziele bestehen: Die Arbeiter kämpfen um die Mitbestimmung und schließliche Selbstverwaltung, um die gerechte Verteilung der erwirtschafteten Erträge und für die Selbstverwirklichung des Menschen bei der Arbeit. Schüler und Studenten setzen sich gleichermaßen für Mit- und Selbstbestimmung in den größten öffentlichen Produktionsunternehmen, Schule und Hochschule, ein. Ich glaube, daß das uns zu Bundesgenossen macht und ich habe den Vorschlag immer wieder in diesen Diskussionen unterbreitet, daß der Zeitpunkt gekommen scheint, auch die Satzungen der Gewerkschaften auf die notwendigen Koalitionen des Fortschritts umzustellen und Schüler der Oberstufe und im besonderen noch mehr Studenten auch in den Gewerkschaften zu organisieren. Das möchte ich hier auch damit begründen, daß durch Verlängerung der Pflichtschule und durch den von ihnen schon geforderten polytechnischen Unterricht wir der Wirtschaft im Grunde genommen ein Mittel mehr in die Hand spielen. Denn die Wirtschaft ist weit agiler als alle anderen Gruppen, die heranwachsenden Jugendlichen in ihrem Sinne für das Bestehende und Herrschende zu beeinflussen. Wenn es uns nicht gelingt, die Schüler möglichst früh in solche Aktionsgemeinschaften des Fortschritts einzubeziehen, dann werden wir den kürzeren ziehen und wir werden mit der verlängerten Pflichtschule genau das Gegenteil dessen erreichen, was wir ursprünglich mit unserer Forderung wollten. "

#### EXTRA-DOKUMENTATION

##### LOTHAR PINKALL: NOTSTAND UND UNTERNEHMER-INTERESSEN

Ende Mai erscheint im Kölner Pahl-Rugenstein-Verlag eine Sammlung von 13 Beiträgen der "Jungen Linken in der SPD" zum Thema "SPD und Sozialismus heute, Beiträge zur Analyse und zur Veränderung der Bundesrepublik Deutschland". Die Autoren stammen alle aus Westberlin. EXTRA-Dienst bringt als Vorabdruck Auszüge aus dem Beitrag eines der führenden "Jungen Linken", Lothar Pinkall, Leiter der IG-Metall-Schule in Westberlin. Pinkall beschäftigt sich mit dem Thema "SPD und Notstand". Wir veröffentlichen den Beitrag aus Anlaß des "Sternmarsches der Opposition auf Bonn" am kommenden Sonnabend.

"Die Parteien müssen sich entscheiden: entweder für die vom Grundgesetz vorgesehene Methode, d. h. langfristig und beharrlich den Versuch zu unternehmen, die vorhandenen Bewußtseinsstrukturen zu verändern, so daß die eigene politische Forderung Bestandteil des politischen Willens der Mehrheit wird, also: Wahlkämpfe führen mit wissenschaftlich überprüfbarer Wahrheit im Interesse der Mehrheit oder aber sie müssen sich einstellen auf den in der Bevölkerung vorherrschenden Informations- und Bewußtseinsstand, das bedeutet: Resignation, Verschleierung, Aufgabe von Zielen, Stagnation, nicht die Interessen der Mehrheit vertreten: statt Wahlkämpfe führen, um Sympathie werben.

Der Bevölkerung bleiben dann auch weiterhin gesellschaftliche Zusammenhänge verborgen und der Rückzug des einzelnen ins Private als Reaktion auf nicht verstandene Politik der einzig mögliche Ausweg. Als Ersatz bieten die Oberen an: Vorsorge, Fürsorge und Forderung nach Vertrauen in die jeweilige Führung.

Regierung, Partei- und Fraktionsvorstände bilden die tatsächlichen jeder Kontrolle entzogenen Machteliten. Das Parlament wird zur Gefolgschaft degradiert, es vermittelt den an die Demokratie Glaubenden nur noch die Illusion, an der staatlichen Macht beteiligt zu sein. Es besteht kein Zweifel, daß sich auch die SPD nicht mehr als Kampf-, sondern als Wahlverband versteht, der das Mittel zur Erreichung politischer Ziele, die Wahl, zum Selbstzweck gemacht hat.

In der Haltung der SPD zu der von der CDU/CSU geplanten Veränderung des Grundgesetzes wird die fatale Anpassung an dieses autoritäre Gesellschaftsbild deutlich. Die entpolitisierten Massen werden, da ihre Reaktionen mehrheitlich irrational und damit tendenziell unberechenbar sind, als potentielle Gefahr für Staat und Gesellschaft angesehen, der man mit dem falschen Mittel, der administrativ verstärkten Staatsautorität, entgegenzutreten will. Dabei wird die rationale gesellschaftskritische Opposition mit den Reaktionen der indifferenten Masse gleichgesetzt und jede noch so berechnete Forderung nach gesellschaftlicher Veränderung als Staatsgefährdung diffamiert. Das, was verhindert werden soll, die neue Faschisierung der Gesellschaft, wird auf diese Weise objektiv gefördert. Die systematische Verunglimpfung jeder Opposition, gleich ob die der Gewerkschaften oder die der Studenten, wird zur staatszerstörenden von der Obrigkeit befohlenen Pflicht. (Bundespräsident Lübke bei der Einweihung des Springer-Verlags-Hauses in Westberlin: "Hier springt eine ganz klare Quelle...")

Was gefällt nun der CDU/CSU am Grundgesetz nicht? Ist das Privateigentum an Produktionsmitteln, die freie Verfügung der Eigentümer über sie und die, die mit ihnen arbeiten müssen, nicht ausreichend gesichert? Ist der Wunderglaube an die 'freie' Markt- und Konkurrenzwirtschaft gefährdet? Wachsen gar die Zweifel daran, daß das Interesse der Unternehmer gleichzusetzen ist mit dem Interesse des ganzen?

In der Tat, ausschließlich darum geht es bei den Notstandsgesetzesentwürfen. Das Grundgesetz bietet, wie bisher keine andere Verfassung, Möglichkeiten, die den Unternehmern und den Verfechtern einer überholten Staatsraison gefährlich erscheinen. Das Grundgesetz spricht in seiner Präambel von freier Selbstbestimmung (nicht Mitbestimmung!), postuliert Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, sieht Vergesellschaftung und Gemeinwirtschaft als möglichen Bestandteil einer sich verändernden Gesellschaft. Verbände, Organisationen und demonstrierende Bürger sind verfassungsrechtlicher, mitgestaltender Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens. Öffentlichkeit als vierte Gewalt im Staat, und das nicht nur als ohnmächtige Meinungsäußerungsinstitutionen, sondern als mögliche gesellschaftsverändernde politische Kraft. Art. 20 GG: Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

Wie weitgehend die Interessen der Unternehmer mit den Notstandsvorstellungen der Bundesregierung übereinstimmen, ergibt sich aus der engen Zusammenarbeit von Bundesregierung und Industrie bei der Vorbereitung der Gesetzesentwürfe.

Jahresbericht des BDI 1962, Seite 160:

Die Beschlußorgane des BDI halten mit den Ministerien enge Verbindung und haben von diesen die Zusicherung erhalten, sie rechtzeitig und ausreichend bei der Behandlung dieser Gesetzesentwürfe (u. a. das Selbstschutzgesetz, d. Verf.) einzuschalten.

1964, Seite 172/73: Der BDI-Arbeitskreis 'Richtlinien für Stärke, Gliederung, Ausrüstung und Ausbildung von Werkselbstschutzeinheiten' hat nach fast einjähriger Arbeit in engster Fühlung mit der betrieblichen Praxis einen 1. Entwurf solcher Richtlinien vorgelegt... Auf Anregung aus der Industrie wurde ferner mit der Arbeit an einer einheitlichen Anleitung für einen Zivilverteidigungsplan (Modellplan) für den einzelnen Betrieb begonnen. Die Arbeit geht von bereits bestehenden Grundlagen aus, die vor drei Jahren als Forschungsauftrag des BWM (Bundeswirtschaftsministerium, d. Verf.) erstellt wurden. Sie wird sich über das ganze Jahr 1964 erstrecken.

Die Entwürfe für die Notstandsgesetzgebung sind folglich primär innenpolitisch motiviert. (Die ersten Entwürfe der CDU/CSU machen das besonders deutlich).

Wie sind nun die Argumente zu bewerten, die außerdem die Notwendigkeit einer zusätzlichen Notstandsgesetzgebung glaubhaft machen sollen: Ablösung der Vorbehaltsrechte, besserer Katastrophenschutz, Verstärkung der Verteidigungsbereitschaft durch 'Glaubhaftmachung von Abschreckung'. Sie sind nichts weiter als ein Täuschungsmanöver, eine Kriegslist der Interessenten, um auf jeden Fall das Hauptziel zu erreichen, die umfassend autoritär durchorganisierte Gesellschaft. Dabei können getrost unwesentliche Positionen in Verhandlungen modifiziert oder gar aufgegeben werden. Als letztes und äußerstes ungemein durchschlagendes Mittel, Gewerkschaften, Bevölkerung und widerstrebende Teile des Parlaments gefügig zu machen, dient die Spekulation mit der Angst, der tiefsitzenden Angst der Bevölkerung vor einem möglichen Krieg. Jeder weiß, ein Krieg

ist undenkbar. (Das moderne Kriegsbild geht davon aus, daß das Territorium der BRD in drei, spätestens in vier Tagen vom angenommenen Gegner überrannt ist.) Trotzdem, es wird so getan, als müsse ein 'vorsorgender Staat' den Krieg in seine Planung einbeziehen und als seien relative Sicherungen für die Bevölkerung möglich.

Folgerichtig ist in zunehmendem Maße das zentrale Thema aller Notstandsdiskussionen, gleich ob es sich um Notstandsausschuß, Dienstverpflichtung, Streikrecht oder Einzelgesetze handelt: der für möglich gehaltene Krieg.

Von Hassel, der frühere Verteidigungsminister, führte in einer Bundestagsdebatte in der 192. Sitzung des 4. Bundestages am 24. Juni 1965 (gedruckt in: Das Parlament, Nr. 27/7.7.65) aus: 'Im Ernstfall kann nur das funktionieren, was schon im Frieden funktionierte.' ... 'Jeder Mangel an Entschlossenheit und Festigkeit, alle Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze werden vom potentiellen Gegner als ein Zeichen von Schwäche gewertet und genutzt.' ... 'Der Erfolg eines Abwehrkampfes hängt davon ab, daß alle Kräfte und Mittel für die Verteidigung und die Erhaltung der Substanz eingesetzt werden können. Ohne Notstandsverfassung ist die Ausschöpfung des nationalen Potentials nicht gesichert.' ... 'Die Abschreckung muß glaubhaft sein und glaubhaft bleiben, d. h. daß kein Zweifel darüber bestehen darf, daß sie an 365 Tagen im Jahr funktioniert, daß keine Lücken, keine schwachen Stellen, kein schwaches Glied in dieser Kette sein dürfen, die der Konzeption der Kriegsverhinderung durch Abschreckung die Glaubwürdigkeit nehmen.' ... 'Das Kriterium einer Spannungszeit ist die zunehmende Verschlechterung der internationalen Lage in einem solchen Maße, daß ein Übergang vom Frieden in den Krieg jederzeit, also auch kurzfristig oder überraschend, erfolgen kann. Zugleich ist die Spannungszeit die letzte und entscheidende Phase, in der sich die Abschreckungspolitik bis zur höchsten Zuspitzung bewähren muß.' ...

Die Katze ist aus dem Sack: Wer vorgibt, Abschreckung glaubhaft machen zu wollen, muß im Inneren erreichen:

a) ein umfassendes System paramilitärischer Organisation, in dem alle Sachwerte und Personen erfaßt, überschaubar gegliedert und gruppenmäßig geordnet werden. Oppositionelle und kritische Personen oder Gruppen sind dann schnell zu erkennen, zu überwachen und notfalls 'unschädlich' zu machen,

b) ständige Angst vor einer möglichen Bedrohung von außen, sie verhindert notwendige gesellschaftliche Reformen und bestärkt die bereits vorhandene Agentenideologie, nach der jede Opposition kommunistisch ferngesteuert und jede Demonstration von eingeschleusten Ostprovokateuren angezettelt wird.

Außenpolitisch wird durch diese Maßnahmen der psychischen Aufrüstung der Bevölkerung der status quo, Ausgangspunkt möglicher Entspannung und einer schrittweisen gleichzeitigen Abrüstung in Ost und West, zugunsten des Westens verändert. Die osteuropäischen Völker sehen aus diesem Grund in der Notstandsgesetzgebung nicht die 'Glaubhaftmachung von Abschreckung', sondern die Verstärkung eines auf sie ausgeübten militärischen und politischen Drucks.

Die neue Vorlage der Bundesregierung sieht in Artikel 80 a Absatz 3 GG vor, daß die Bundesregierung auf Beschluß internationaler Organe im Rahmen eines Bündnisvertrages Maßnahmen treffen kann, die sich mit Dienstverpflichtungen, Beschränkung der Berufsausübung und des Arbeitsplatzwechsels befassen, ohne vorher oder nachher die Zustimmung des Bundestages einholen zu müssen. Schlagartig wird hier die gemeinsame Ausgangs- und Interessenposition westlicher Gesellschaften sichtbar:

Eine nicht mehr für die Menschen und ihre Bedürfnisse voll funktionsfähige Wirtschaft, ein Staats- und Gesellschaftsbild, das die Unmündigkeit der Menschen und ihre autoritäre Führung als notwendigen Bestandteil eigener Ordnungsvorstellungen festlegt, subjektiv ehrliche, aber objektiv im eigenen System gefangene hilflose Führungen, die erhalten wollen, was durch die rasche Entwicklung der Produktivkräfte in den bestehenden Formen nicht mehr wie bisher zu erhalten ist, eine Bevölkerung, die unreflektiert die Unfähigkeit des Systems und seiner Führungen erkennt und durch wachsende Unruhe das nur scheinbar Stabile erschüttert.

Zusammenfassend: Auftrag und Zielsetzung des Godesberger Programms der SPD: eine Gesellschaft, in der freie Bürger in freier Selbstbestimmung ihre Anlagen und Fähigkeiten entfalten, eine Wirtschaft, die sich an den Bedürfnissen aller Menschen und nicht an

den Interessen weniger orientiert, eine Welt, in der die Völker ohne Gewalt friedlich miteinander leben, sind in keinem Punkt mit den durch die Notstandsgesetze verfolgten Absichten in Übereinstimmung zu bringen.

Im Gegenteil: durch sie wird der status quo in Europa zementiert, die Entspannungs-  
bemühungen der Bundesregierung unmöglich gemacht und notwendige innenpolitische Re-  
formen verhindert.

Erforderlich wäre stattdessen: Die Erhaltung des GG, die Mobilisierung aller kritischen  
und zur Mitarbeit bereiten Menschen in Partei und Bevölkerung und die Entwicklung einer  
breiten Diskussion, in der Meinungsbildung von unten nach oben sich verbindlich entfal-  
ten kann.

Geht die SPD diesen Weg nicht, fördert sie den Irrationalismus in der Gesellschaft, be-  
stärkt Unsicherheit und Existenzangst, erzeugt sie Reaktionen, die den rechtsradikalen  
Kräften in der Gesellschaft Auftrieb geben.

## EXTRA-DOKUMENTATION

### WOLFGANG KIELING: "MEINE FRAU KOMMT NACH"

Zum **erstenmal** nach seinem Übertritt in die DDR hat der Schauspieler Wolfgang Kieling  
in **autorisiertes** Interview gegeben. Die bislang in der Bundesrepublik erschienenen  
Kieling-Interviews waren mehr oder weniger unverbindliche Telefon-Interviews oder Ge-  
spräche, die sich bei zufälligen Treffen ergaben. Das nachstehend im Faksimile doku-  
mentierte Interview machte Günter Gast für die auflagenstärkste DDR-Zeitschrift "Wo-  
chenpost" (Auflage rund 950 000). Kieling erklärt in diesem Gespräch, seine Frau werde  
nach **Beendigung der Arbeiten** für ein Buch ebenfalls in die DDR umsiedeln.

Zur Person: Wolfgang Kieling, Sohn eines Schneidermeisters, geboren am 16. März  
1924 in Berlin-Neukölln. Als Knabe Filmkind von Lili Dagover und Kristina Söderbaum,  
als 16jähriger Regieassistent und einziger Schüler des Berliner Schauspielers Albert  
Florath. 1941 erstes Theaterengagement in Luckenwalde, später in Potsdam. Von 1942  
bis 1945 Soldat, anschließend bis 1949 in sowjetischer Kriegsgefangenschaft. Danach  
Engagements an großen Bühnen in Westberlin, Hamburg, Köln, München, Wien und  
Zürich; zwischendurch Filmaufnahmen bei der DEFA von Mai 1954 bis November 1955  
(Filme: „Genesung“, „Damsels in Paris“, „Betrogen bis zum jüngsten Tag“). 1960 Wechsel  
vom Theater zum Fernsehen, später Übergang zum Film, drehte überwiegend in Holly-  
wood, London, Paris und Rom. Im Oktober 1967 Wohnsitzwechsel von München nach  
Westberlin. Am 18. März 1968 Übersiedlung aus politischen und künstlerischen Gründen  
in die DDR, begleitet von seiner siebenjährigen Tochter Annette. Seit 1959 verheiratet  
mit der 33jährigen Bühnenbildnerin Johanna Kieling, die zur Zeit noch im Ausland weilt.  
Im März 1968 Abschluß eines Filmvertrages mit der DEFA. Erste Projekte: „Der zer-  
brochene Krug“ und ein Film über die moderne Herzchirurgie (Arbeitstitel „Das siebente  
Jahr“).

Wochenpost: Wir sitzen uns zwar nicht  
in einem Lager in der Nähe von Oranien-  
burg gegenüber...

Kieling: ... auch weine ich nicht, bereue  
nicht meinen Schritt und bin nicht brutal  
von meiner Tochter getrennt, wie es west-  
deutsche Zeitungen wider besseres Wissen  
behaupteten...

Wochenpost: ... sondern sind im Gäste-  
haus unserer Regierung, um mit Ihnen über  
die Motive Ihrer Übersiedlung in die DDR  
zu sprechen.

Kieling: Damit sind wir eigentlich schon  
mitten im Thema. Ergänzen möchte ich nur,  
was die gleichen Zeitungen zwei Tage  
später schrieben: Ich hätte darauf bestan-  
den, just in das Haus zu ziehen, das ich vor  
vielen Jahren, während meiner DEFA-Zeit,  
in Kleinmachnow bewohnt habe. Daraufhin  
hätte man die derzeitigen Bewohner, ange-  
blich eine Familie mit 4 Kindern, über  
Nacht auf die Straße gesetzt. - Ein  
Schwachsinn, der nicht mehr zu überbieten  
ist.

Wochenpost: Etwas anderes hatten Sie  
doch wohl kaum erwartet. Schließlich gab  
es noch andere Lügen: Sie wären engage-  
mentslos, Ihnen sei der Gerichtsvollzieher

auf den Fersen, eine Geliebte hätte Sie  
zur Flucht verführt und ähnlichen Unsinn.

Kieling: Das Bestreben aber war ein-  
deutig: Politische Dinge sollten dadurch  
verwässert werden, indem man sie auf pri-  
vate Bereiche abzurängen versuchte. Mein  
Fall ist weder der erste noch der letzte  
Versuch. Nur gelang das bei mir nicht.

Wochenpost: Ähnliche Erfahrungen mit  
der Springer-Presse hatten Sie ja bereits  
gesammelt, als Sie noch in Westberlin  
wohnten.

Kieling: Und nicht zu knapp. Bevor ich  
im Oktober vergangenen Jahres nach West-  
berlin zog, wußte ich in etwa von Freun-  
den, was sich dort abspielt. Die Formen  
jedoch und das Ungetarnte der Frechheiten  
und Verdrehungen, die habe ich wirklich  
nicht für möglich gehalten.

Wochenpost: Sie meinen die Hetzkam-  
pagne gegen die demokratische Opposi-  
tion, besonders gegen die Studenten? Das  
konnten Sie doch aber auch von München  
aus beobachten.

Kieling: Im großen und ganzen ja, nur  
stand dem entgegen, daß ich seit etwa  
1962 jährlich nicht mehr als sechs, acht,  
höchstens zehn Wochen in Deutschland  
war.

Wochenpost: Bedingt durch Ihren Beruf?

Kieling: Ja, ich war fast ausschließlich im  
Ausland engagiert. Meiner Frau ging es  
ähnlich. Sie arbeitete als Bühnenbildnerin  
mal in Wien, mal in Bremen, mal bei Streh-  
ler in Mailand, mal bei Kokoschka in Salz-  
burg. Lediglich in der letzten Zeit war sie  
hauptsächlich bei der Schaubühne am Hal-  
leschen Ufer, einem noch sehr jungen, pro-  
gressiven Theater Westberlins, tätig.

Wochenpost: Verlegten Sie deshalb Ihren  
Wohnsitz nach Westberlin?

Kieling: Unsäglich ja. Für mich spielte  
es keine Rolle, wo ich wohnte, wenn nur  
der Flugplatz in der Nähe war. Hinzu kam,  
daß ich nach vielen Jahren mal für längere  
Zeit in Westberlin zu tun hatte, ich drehte  
dort zwei Filme. So kaufte ich mir in Zeh-  
lendorf ein kleines Reihenhäuschen und gab  
den Münchener Wohnsitz auf.

Wochenpost: Und kamen in eine über-  
hitzte Atmosphäre politischer Auseinander-  
setzungen, die im Herbst vergangenen Jah-  
res offensichtlich einem Höhepunkt zustreb-  
ten...

Kieling: ... auf deren politische Zuspi-  
elung aber nicht die Demokraten zusteuer-  
ten.

**Wochenpost:** Da Sie jahrelang fast nur im Ausland waren, dürften Sie die politische Entwicklung in Westdeutschland und in Westberlin nicht immer regelmäßig verfolgt haben können. Ist Ihr Umzug nach Westberlin zugleich Ausgangspunkt für Ihre spätere Entscheidung, in die DDR überzusiedeln?

**Kieling:** In gewisser Weise ja. Es stimmt natürlich, daß die Dreharbeiten im Ausland alle Kraft und Zeit verlangten. Außerdem versuchte ich immer, das Land und die Leute kennenzulernen, in dem ich mich gerade aufhielt. Da gab es eine Menge Ablenkung, aber auch manche Erkenntnis. Deshalb begann mein politisches Denken nicht erst in Westberlin. Ich habe nicht zehn Jahre geschlafen und dann plötzlich zu denken begonnen. Immer wieder gab es bestimmte Etappen in meinem Leben, in denen über politische und gesellschaftliche Fragen heftig diskutiert wurde, die mich beschäftigten und die in ihrer Gesamtheit auch auf meine Entscheidung eingewirkt haben. Mit den Vorgängen in Deutschland begann ich mich mit der Übersiedelung nach Westberlin intensiver zu beschäftigen.

**Wochenpost:** Stand Ihre Frau dabei abseits?

**Kieling:** O nein. Im Gegenteil. Meine Frau war vorher schon politisch sehr aktiv. Bereits in München war sie Mitglied des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) geworden. Und auch in den letzten Monaten war sie - schon aus Zeitgründen - viel aktiver als ich.

**Wochenpost:** Dann war das nicht nur Ihre Entscheidung, in die DDR zu gehen, obwohl Sie nur Ihre Tochter Annette begleitete?

**Kieling:** Es war, so glaube ich, eine Synchronentscheidung. Ich fing davon an, und es war, als hätten wir über dieses Thema schon seit Monaten gesprochen. Es lag förmlich in der Luft. Und meine Frau war selbstverständlich damit einverstanden. Da herrscht eine absolute Übereinstimmung sowohl der Gedanken als auch der daraus resultierenden Schlüsse. Meine Frau ist nur noch nicht gleich mitgekommen, weil sie mitten in der Arbeit an einem Buch steckt, womit gleichzeitig eine Promotion verbunden ist. Die dazu notwendigen Forschungen in Rom nehmen noch einige Zeit in Anspruch.

**Wochenpost:** Sie ist also nicht in Westberlin gebblieben?

**Kieling:** Sie hat es in Westberlin einfach nicht mehr ausgehalten: Die vielen Pöbeleien, die anonymen Anrufe, die Drohbriefe

und was da noch alles kam.

**Wochenpost:** Sie hatten ja vorher Ähnliches erfahren müssen.

**Kieling:** Das schon, nur bei meiner Frau wiederholte sich das in einer viel größeren Form. Weil man wußte, daß sie allein ist, wurden die Angriffe immer massiver und gemeiner.

**Wochenpost:** Sie griff man ja wohl in dem Moment an, da Sie sich in Westberlin politisch zu betätigen begannen?

**Kieling:** Es war übel. Besonders bei Demonstrationen. Da zeigte sich dann die ganze Verhetzung durch eine ganz bestimmte Presse, wenn manipulierte Passanten urteilten: „Na ja, der spielt ja immer die Mörder, kein Wunder, daß der dann da mitmarschiert!“ Ich meine dabei konkret die Vietnamdemonstration am 18. Februar, dem einige Tage darauf die sogenannte Gegendemonstration des Westberliner Senats folgte.

**Wochenpost:** Das geschah einen Monat vor Ihrer Übersiedlung. War zu jenem Zeitpunkt schon eine Entscheidung bei Ihnen gefallen?

**Kieling:** Mein Entschluß stand damals schon ganz fest. Nur Einzelheiten waren noch nicht besprochen, und da gab es eine Menge zu beachten. Ich mußte neue Filmverträge hinausschieben, mußte begonnene Dreharbeiten zu Ende bringen und mußte anderes berücksichtigen. Allein schon, um denen, von denen wir anfangs sprachen, keine billige Munition in die Hand zu geben. Und weil eben alles intakt ist, deshalb mußten diese Herren selbstfabrizierte Lügen oft nach wenigen Tagen dementieren.

**Wochenpost:** Als Sie dem Springer-Konzern die von der „Hör zu“ gestiftete „Goldene Kamera“ für den besten Fernsehfilm 1967 demonstrativ zurückgaben, horchte die Öffentlichkeit auf. Das war im Januar dieses Jahres. Damit begann auch eine breit angelegte Verleumdungskampagne gegen Sie.

**Kieling:** Das stimmt. Ich erinnere mich, was mir dabei gesagt wurde: „Wir werden Sie überzeugen, diese Kamera wieder anzunehmen. Sie müssen einen Unterschied machen zwischen Ihrer künstlerischen Leistung und Ihrer politischen Ansicht, die gar nichts miteinander zu tun haben. Von unserer Seite aus werden Sie dabei nur Fairneß erleben.“ Die sah dann so aus: Fotografen schlichen fortan im Atelier um mich herum, ohne mich wie sonst auf die Platte zu bannen. Später traten sie dann auf mich zu und flüsterten: „Nicht böse sein, aber

ein Bild, selbst eines, auf dem Sie unscharf abgebildet sind, werden wir nicht los. Und wir müssen ja auch leben...“

**Wochenpost:** Wer hatte Ihnen denn diese „Fairneß“ versprochen?

**Kieling:** Der stellvertretende Chefredakteur der „Hör zu“ Uwe Lux, der dabei die merkwürdige Formulierung fand: „Aber Herr Kieling, glauben Sie doch bitte nicht, daß wir uns mit der Politik dieses Hauses identifizieren...“ Das hält man zwar alles nicht für möglich, aber es ist wirklich passiert.

**Wochenpost:** Hatten Sie eigentlich vor dem 18. März mit anderen Menschen über Ihr Vorhaben gesprochen?

**Kieling:** Nein, nur mit meiner Frau. Wir haben es anderen gegenüber geheimgehalten. Von den Gründen hatte ich Ihnen bereits einige genannt. Was ich aber gesucht habe, das waren Gespräche, überall, wo sie sich nur boten. Und das war das Erschütterndste überhaupt, daß es da nicht weiterging, daß Freundschaften auseinandergingen, daß, statt ein Gespräch zu führen, mir Begriffe um die Ohren geknallt wurden, wie man sie noch in den Morgenausgaben der Springer-Presse fand. Diese Betonierung der Meinung, diese Unfähigkeit, im Zusammenhang zu denken, war für mich das Altersschlimmste.

**Wochenpost:** Es gibt heute unter Ihren Berufskollegen eine Resonanz zu Ihrem Weggang...

**Kieling:** Die Resonanz ist, wie in der gesamten Westberliner und westdeutschen Öffentlichkeit, sehr groß, und sie ist nachhaltig. Sie wird auch weitergehen und immer wiederkehren, denn viele meiner Filme für das Fernsehen und für die Filmtheater kommen erst ins Programm. Ich hoffe, daß mein Erscheinen auf der Leinwand sowie meine getroffene Entscheidung für viele ein Ansatzpunkt zum Nachdenken ist. Und was die Kollegen betrifft, so hat man mir zum Beispiel vom Westberliner Schiller-Theater erzählt, daß sich dort zwei Lager gebildet haben, von denen das eine pro, das andere kontra zu meiner Entscheidung steht. Die Pro-Gruppe ist zwar kleiner, dafür aber intensiver und gleicht so die noch zahlenmäßige Unterlegenheit wieder aus.

**Wochenpost:** Vieles von dem, was Sie erlebten und was Sie zu Ihrer Entscheidung brachte, mutet grotesk an. Zum Beispiel, was Sie im Zusammenhang mit der „Goldenen Kamera“ sagten...

**Kieling:** ... in diesem Grotesken liegt ja auch die Tragik.

===== bestellschein =====

Ich bestelle ab . . . . . 1968 den Berliner EXTRA-Dienst bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00 (Auslandsabonnement: DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland: DM 10.00). Der Dienst ist zu meiner persönlichen Information bestimmt. Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin 12, Kontonummer 4712 (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME: . . . . .  
WOHNORT: . . . . .  
STRASSE: . . . . .  
DATUM: . . . . .      UNTERSCHRIFT: . . . . .